

Volkswacht

für Schlesia, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“
erschient täglich Nachmittags außer
Sonn- und Feiertagen.
Preis vierteljährlich 1.20, 6.00,
pro Woche 20 Pf.
Verlagsanstalt Nr. 870.

Bestellen Sie die „Volkswacht“
bei den Postämtern oder durch
den Verleger, Herrn Dr. G. H. Schöler,
in Breslau, Brüderstraße 18.
Erlauben Sie die gleiche Nummer
mehrerer Exemplare zu best. in der
Erbschaft abzuhängen.

Telephon
Nr. 1203.

Telephon
Nr. 1203.

Nr. 30.

Freitag, den 5. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Erklärung.

In der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 19. Januar d. J. begründete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, bei der Beantwortung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation betreffend die Umtriebe russischer Polizeitraganten in Deutschland, die Maßnahmen der besonderen Polizeiaufsicht, die uns gegenüber in Anwendung gebracht wird, damit, daß eine Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Anarchisten ausgeübt werden müsse.

Während, daß die gesamte russische Studentenkolonie Berlin und seiner Umgebung ununterbrochen das Objekt der erwähnten Polizeimaßregeln ist, und daß jeder russische Studierende vom ersten Augenblick seines Eintreffens in Deutschland als einer festgestellten Polizeiaufsicht unterworfen ist, haben wir keinen Grund zu der Annahme, daß alles, was Freiherr von Richthofen über die angeblichen russischen Anarchisten gesagt hat, sich auch auf uns bezieht, und dieser Umstand nötigt uns, vor der Öffentlichkeit die folgende Erklärung abzugeben:

Hinsichtlich erachten wir es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß schon die Behauptung des Freiherrn von Richthofen, unter den in Deutschland lebenden Russen gebe es Anarchisten — eine Behauptung, die gegen uns in meinen Schichten des deutschen Volkes feindselige Gefühle hervorzurufen geeignet ist —, jedweder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Wir sind überzeugt, daß Freiherr v. Richthofen nicht imstande ist, auch nur einen einzigen Fall zu nennen, in dem ein Russe, der diesen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war, ein Anarchist gewesen wäre. Wir erwarten daher, daß Freiherr von Richthofen entweder den Versuch macht, seine Behauptung zu beweisen oder daß er sie öffentlich zurücknimmt.

Des ferneren machte Freiherr von Richthofen den Versuch, die in Deutschland lebenden Russen auch noch dadurch in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, daß er sie ohne einen Schein der Berechtigung als ein Willkür der Unsitte bezeichnete. Bis vor zwei Jahren der berüchtigte Vertreter der russischen Reaktion, Fürst Meschtscherski, in seiner Zeitung „Graschdania“ es gewagt hatte, gegen die russischen Studentinnen dieselbe Anklage zu erheben, entsetzte er damit einen Sturm der Entrüstung durch ganz Rußland, und selbst der damalige Minister der Volksaufklärung Mannowski, obwohl in seiner ganzen Tätigkeit ein getreuer Durchführer der reaktionären russischen Regierungs politik, erteilte in Abweichung von der allgemeinen Regel, die in Rußland die Abhaltung von Studentenversammlungen verbietet, den Studenten in einem Schreiben, das der Rektor Polinski der Studentenschaft öffentlich verlas, die Erlaubnis, sich zum Protest gegen die Behauptung des Fürsten M. zu versammeln, sowie den Rat, dem Verfasser in einer Resolution die Verachtung der Studentenschaft auszusprechen.

Was die fernere Erklärung des Freiherrn von Richthofen anlangt, die Rußen, die er unberechtigtweise als Anarchisten bezeichnete, seien hier unwillkommen und hätten keinen Anspruch auf deutsche Gastfreundschaft, so sind wir überzeugt, und die Reichstagsdebatte vom 19. Januar hat uns in dieser Überzeugung bestärkt, daß Freiherr von Richthofen nicht im Namen und Sinne des deutschen Volkes gesprochen hat. Wir halten es für unsere Pflicht, festzustellen, daß die traurigen politischen Verhältnisse Ruß-

lands es den bildungsbedürftigen Elementen der russischen Jugend in zahlreichen Fällen unmöglich machen, in Rußland selbst eine höhere Bildung zu erlangen, daß diese Verhältnisse uns so geradezu in das Ausland verstoßen und uns zwingen, die Gastfreundschaft auch der hervorragenden deutschen Hochschulen in Anspruch zu nehmen.

Zum Schlusse sprechen wir allen Mitgliedern des Reichstags und allen Zeitungen, die in dieser uns so nahe berührenden Angelegenheit für uns eingetreten sind, unsern warm empfundenen Dank aus.

324 in Berlin und Umgebung wohnende Russen und Russinnen.

Gedenktage.

Die österreichische Sozialdemokratie feiert in diesen Tagen zwei geschichtliche Gedenktage: den Tag, da eine brutale Staatsgewalt die aufstrebende Bewegung zu zerstampfen strebte, und den Tag der Wiedergeburt, da der Streit unter den zwei Richtungen der Partei beendet und die einheitliche, auf dem Boden des Klassenkampfes sich sammelnde Sozialdemokratie geboren ward. Zu der Verfolgung brauchte Oesterreich kein eignes Gesetz, denn seine Freiheiten sind so beschaffen, daß sie jeden Tag durch eine Verordnung des Gesamtministeriums suspendiert werden dürfen.

Das war vor zwanzig Jahren der Fall — als der Ausnahmezustand über Wien und das industrielle Niederösterreich verhängt wurde. Der Ausnahmezustand: daß ist die Aufhebung der im Staatsgrundgesetz „gewährtesten“ Rechte der Pressefreiheit, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit, des Hausrechtes und des Briefgeheimnisses, der Freizügigkeit — kurz alle dessen, was den modernen Bürger von dem Untertanen der Feudalzeit unterscheidet. Am letzten Januartage des Jahres 1884 wurden alle diese Rechte suspendiert, wurden die Sozialisten der grausamen Willkür der Polizei überliefert.

Das österreichische Sozialistengesetz mag nicht von jenem wilden Unterdrückertrieb erzeugt worden sein, der in Deutschland zwölf Jahre lang gehaust hat, aber an kniffliger Grausamkeit, an tödtlicher Niedertracht hat es in Oesterreich nicht gefehlt, wo sonst lässige Schlämperei die Neigung zur Gewalt „milbert“. In den Abendstunden wurde der Ausnahmezustand publiziert und die Polizeidirektion ließ vielen Polizeikommissariaten geschlossene Depeschen zukommen, auf deren Umschlag der Vermerk stand: „Um 12 Uhr Nachts zu öffnen“. Die Depeschen enthielten eine Liste von Agitatoren, die sofort zu verhaften und in das Polizeigefängnis zu transportieren seien. In der einen Nacht wurden 170 Leute verhaftet und ausgewiesen, am 7. Februar waren es schon 300, am 15. Februar 500. Nichts blieb den Verhafteten erspart: weder die Aufnahme fürs „Verbrecheralbum“, der Transport in Fesseln und im Schubwagen, die Stellung unter Polizeiaufsicht. . . Die Vereine wurden aufgelöst, Versammlungen verboten, die Zeitungen eingestellt und das Scherengericht

des Holzinger begann seine Denkerarbeit, nachdem ihm mit der Einstellung der Justiz der Geschworenengerichte der Weg geebnet war. Holzinger unter der Führung des Polizeikommissars Frankl traten in Tätigkeit, fabrikierten falsches Geld und „Bomben“, mit denen sie als harmlose Utopisten „Anarchisten“ erzeugten, die dann das Ausnahmengericht zu wehrlosen Strafen verurteilte. . .

Es war eine traurige Zeit: damals und vorher. Der uns Nachgekommenen unverständliche Streit zwischen den „Radikalen“ und den „Gemäßigten“ wurde von den Behörden noch künstlich geschürt — verhöhter doch der damalige Staatsanwalt Lamagan die „Gemäßigten“, nämlich die Sozialdemokraten, in einem Plaidoyer vor Gericht als „Wasserluppensozialisten“ — und die Stimmung für die terroristische Taktik wurde durch „Führer“, die mit der Polizei Verbindungen unterhielten, genährt und gesteigert. Man braucht nur an den Namen Josef Deukert zu erinnern, dem die Polizei vor dem verhängnisvollen Januartage zur Flucht verhalf, um jene Periode schlimmer Verirrungen ins Gedächtnis zu rufen. Die Bewegung entartete so zur blinden Wildheit und lieferte durch die Attentate der Stellmacher und Kammerer schließlich den erwünschten Vorwand zu der Vorlage, die mit der ganzen Organisationsfähigkeit aufträumen sollte. Wer es bedurfte nur weniger Jahre und die unverwundliche Lebenskraft des Proletariats machte sich geltend; sie in entwicklungsfähige Bahnen geleitet zu haben, ist das unsterbliche Verdienst Victor Adlers, der nach fünf Jahren Ausnahmezustand, der heute vor fünfzehn Jahren in Hainfeld eine einheitliche, geschlossene und zielbewußte Sozialdemokratie Oesterreichs begründet hat. Es gehört mit zu den Tritten österreichischer Staatskunst, daß der Mann, der wie keiner neben ihm den „Anarchismus“ in Oesterreich überwinden half und der die Arbeiterschaft zur modernen Sozialdemokratie erzogen hat, selbst als „Anarchist“ vor das Holzinger-Gericht geschleppt wurde und von dem Ausnahme-Gerichtshof wegen eines Zeitungsartikels zu vier Monaten schweren Kerlers verurteilt ward — die „Gleichheit“ maßte die Verurteilung mit dem Leben —: wohl ein Beweis, wie stumpfsinnig die österreichische Politik dem Problem der Arbeiterbewegung allezeit gegenübergestanden hat. Was der Ausnahmezustand vernichten sollte, das feierte in Hainfeld seine Auferstehung, und wenn sich heute die Desorganisierten Niederösterreichs in dem kleinen Landstädtchen zur Veratung ihrer Bandesangelegenheiten versammeln, so betreten sie historischen, gereinigten Boden. Was vor fünfzehn Jahren gestiftet wurde, ist gewachsen und gedeihen, denn unverletzbar und unbesiegt ist der Weltgedanke von der Befreiung der arbeitenden Menschheit.

Der Reichstag

brachte in seiner heutigen Sitzung die erste Lesung des Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu Erbe und überwieß dann den Entwurf einer Kommission von vierzehn Mitgliedern.

Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

20] Nur das kurze, abgerissene Aamen Raschners ist zu hören. Da ein kurzes Aufschauen Anton's und halb höhrend: „Du, Steinmüller — ich hab' a Neugierigkeit für Dich!“
„Was denn?“
„Die Papi avanciert.“
„Avanciert? Wieso?“
„Sie privatisiert schon!“
„Wieso?“
„Ja, ja — seit gestern! Sie hat schon an Käufer!“
Ein Schlag geht durch Steinmüllers Körper. Den Mund halb geöffnet, blickt er nach Anton. Er hat die Herrschaft über Körper und Denken verloren. Im Inneren hatte er, ohne es sich zu gelassen, stets gehofft, daß Papi dem Wirbel Widerstand leisten, nicht stinken würde. Er hatte den Glauben an sie nicht verloren, immer gedacht, daß sie nur jenem den Körper schenkt, dem ihr Herz gehört. Und dieses gehört Goller — das wußte er, das schloß er aus manchem Zeichen. Jetzt aber. . . Die Wirklichkeit betäubt und verwirrt ihn.
Er hört nur halb die Erzählung Anton's. Wie die Mutter gestern die Sache noch verschweigen wollte. Sie habe am Abend erzählt, daß die Papi zu Hause gewesen. Nur für kurze Zeit, für eine Stunde. Dann sei sie wieder ins Café. Doch da war die Gabi aufgefahren. „Die Mutter liegt!“ hat sie geschrien und erzählt, daß die Türe halb offen gewesen, und daß sie alles gehört, von dem Chambré separées, von der Fahrt zu einem Grafen, von Küssen und Umarmungen, vom Erwachen am Morgen und von Scham. Daß Papi nicht mehr im Café bleiben wollte, daß dann die Mutter etwas vom Beiraten gesprochen und schließlich fortgegangen sei, um mit dem Grafen zu sprechen. Ja, das sei wahr, das habe sie selbst gehört, und die Mutter liegt. Ganz wild ist die Gabi geworden, geschrien und geweint hat sie und ausgepöbel und gesagt: „Die Papi ist jetzt auch so eine!“
Da hat die Mutter nicht länger zurückhalten können und die Wahrheit erzählt. Und der Vater, der hat gelacht, so schrecklich gelacht; ihm, Anton, sei es durch Mord und Beleidigungen gegangen. Gelacht, bis ihm die Tränen in die Augen gestiegen, und dabei fortgeschrien:
„No alio: dös Glück! Dös Glück! A Graf macht P wenigstens zur Papi! A Graf — dös Glück!“
Die Gabi aber war ganz bleich geworden und unter Eckens hat sie fortgewimmert:
„Wenn das der Herr Steinmüller weiß.“ . . .
„No, Steinmüller, was sagst du?“

Steinmüller starrt vor sich hin. Raschner erhebt sich. Ein grimmieriger Hohn entsetzt sein Gesicht. Er schleicht zu Steinmüller, legt die Hand auf seine Schulter und sagt gepresst:
„Na, sparrst dös endlich am eigenen Leib? D, ich denk' mir schon, wie's nur Euch geht. Dort, dös Bild! Du hast mir's ja a'sagt, wie's die Papi, u Anton seine Schwöcher — hm, in die hast Dich wohl verzaubert? Dummkopf! Dös is ja nur für d' anderen, für die, die a Geld haben! Was Schö'n's, alles, was Glück heißt — dös kaufen sich die! Hahaha!“
Die letzte Frage Steinmüllers:
„Ist das bestimmt so?“
„Aber natürlich“, lacht Anton. „Gestern hat er sie in einer Pension untergebracht, und heut' hat er ihr a möblierte Wohnung im „Ludwigshof“ gemietet!“
„Hahaha!“ lacht Raschner. „Ludwigshof — bei der Oper! A noble Gegend, die kost a Geld! Aber er hat's ja!“ Ein gellendes Aufschauen. „Hahaha! Und weil er Geld hat, hat er auch die Papi! Alles hab'n sie, weil sie Geld hab'n! Alles gehört ihnen — unser Leben, unser Glück, unsere Sündhaftigkeit — unsere Schwelgerei — hahaha! Und Raschner! Steinmüller — Steinmüller — Du bist a Mensch, gut und g'scheidt, Du müßst's verdienen, mit an Modd g'altlich zu werden! Aber — hahaha! A Schlußer bist — und deshalb kannst am Weg verreden! Der Fallot aber, der Graf, der a Geld hat, der wälat sich mit der Papi zwischen seibene Polster h'rum! Hahaha! Zwischen seibene Polster!“
Da schnell Steinmüller auf. Dieser Gedanke macht ihn wütend. Er treibt ihm das Blut an Kopf. Er sieht Papi in der reinen, keuschen Schandheit von einst und neben ihr einen Faun, der lästern auf sie niederblickt. Er sieht die beiden sich in die Kissen schmiegen. . . Er sieht das Bild deutlich vor sich. Die Kissen, die Papi, den Faun — und am Tische ein hübsches Geldstück und jede Münze eine höhrende, triumphierende Frage.
Er fährt sich über die Augen, wie um das Bild zu verschleusen. Aber es bleibt vor ihm, in grellen, scharfen Konturen. Es weicht nicht. Er sieht ihn, den Faun, schweben, Papi's Körper sein eigen nennen und dort die grinsenden Fragen des Angelbs.
Hinaus! Hinaus! In's Freie! Er laßt es an der Wand hin, greift nach Hut und Rock und schwanzt lautlos hinaus.
Vor ihm, dicht vor ihm in den Lüften schweben, der Faun, Papi und das Geld.
Raschner und Anton blicken ihm nach.
Da duckt sich Raschner, wie Sprungbereit, und fragt lauernd:
„Anton — ist wahr, dr' Steinmüller is mein Freund?“
„Ne ja.“
„Und — der — der Graf — wie heißt er?“
„Stanenst.“
„Widman, der Stanenst hat ihm a Stück seiner Lebensfreud' a'stolzen!“

Ne ja. . .
Ein triumphierendes Aufblitzen der Augen. Dann ein vergnügtes:
„Du, den Stanenst — den Stanenst, den nehmt' ich mir auf's Korn!“
„Du, das ist ein Unfau!“
Wieder ein höhendes Lachen.
„Anton bin, Unfau her! Lass' mir die Freud'! Mir wien's Spaß machen, wenn der geile Hund zu Deiner. . . na, noch besser, wenn er vor ihr kommt, und noch schmunzelt, schmunzelt. . . Ah! ich werd's schon machen! Das is a Joke!“
Raslos irrt Steinmüller eider. Wie ein Flagellant sagt er mit dem Winde, mit dem Flockentreiben um die Bette durch die Straßen. Aber hartnäckig vor ihm her das bühnende Lustbild. Und auch im Dürre ist es ihm. Es ist ihm zur fixen Idee geworden, zum Brennpunkt seines Denkens. Gefäßlos, starr und gleichgültig ist er gegen alles. Sein ganzes Sein ist aufgegangen vor diesen Gestalten. Der Faun und Papi. Er vermag nicht, sich ihnen zu entziehen.
Blickt er in ein Anlagengefäß — da sieht er groß umstrahlt diese Szene. Starrt er vor sich in die Luft — er sieht diese Szene. Die Flocken werden zu Dämmen, die den Kissen entflattern, den Kissen, die der Faun in bräunlicher Eier und Ungebild gerissen. Über die Flocken wachsen, wachsen zu runden Scheiben, zu Goldstücken, zu grinsenden, höhenden Goldstücken, die auf Papi's Körper niedersinken und ihn mit Denken bedecken.
Der Faun — Papi — Kissen — und die Goldstücke im wilden Gewirre vor ihm. Er schließt die Augen — der Spat wärbt fort.
Er wühlt und kratzt sich ihm ins Hirn. In kurzen Momenten, da er zu denken vermag, grübelt er über diesen Zustand. Was ist das? Etwas Eifersucht? Physische Eifersucht?
Doch bevor er sich die Antwort gibt, bricht der Gernabath wieder los. Toller, wirrer, grotesker als früher. Er will ihm abwehren, fährt mit den Händen über die Augen, schlägt mit dem Fäustchen danach. Die Faust durchschneidet die Luft — das Bild steht wieder vor ihm.
Wieder ein Augenblick ungeträbten Denkens. Er fragt sich, was er beginnen soll. Schlafen? Das kann er nicht! Aber er muß schlafen! Wie, wenn er dänken. . . Ja, trinken!
Trinken! Trinken! Sich betäubend! In tiefen, tiefen Schlaf versinken und so alles verzeihen!
Ja, trinken!
Er blickt sich um. Er ist am Raschnerbühnenort. Dort ist Josef Schöner. Raschner ist dem Raschner nach. Ein Hochschalbeitel, so eine Art Serranale; nicht im besten Sinne; die niederen Arbeiter, Verbrecher, Jährlinge und Dürren bilden das Stamms-Altkam — ineriel! Hinein!
(Fortsetzung folgt.)

In der Debatte rechneten unsere Vertreter gründlich mit dem ...

Der Wunsch ging sehr bald in Erfüllung. Genosse Stadl-

Seine Wunsch ging sehr bald in Erfüllung. Genosse Stadl- ...

Politische Hebersicht.

Die russischen Truppen rücken vor. Dem ...

Der japanischen Regierung ist die Mitteilung zugegangen, dass ...

Der 3. ar. soll, nach der „Frankf. Bl.“, auf dem Hof-

Der Perero-Auffstand. Der Kommandant des ...

Aus einem der „Neuesten Nachrichten“ zur Verfügung gestellten ...

Früchtige Brüderlichkeit. Die Paarung zwischen ...

Fabrikantenlied. Der Winterhimmel, kalt und grau, ...

Das Gedicht ist der „Ostf.-Bl.“, einem Organe der ...

Auswärtige Sozialpolitik. Der Leipziger Volks-

Wir müssen darauf aufmerksam machen, dass die ...

freieren, andererseits die Heberreicherung des ...

Der Schwerpunkt für die Beurteilung liegt in dem Begriff ...

Anweisungen dieser Art sind verurteilenswert. Sie ...

Wahlprüfungen. Schnelle Entscheidung fand die Prüfung der ...

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat be-

Die Kommission des Reichstages für den Gesetzentwurf ...

Verantwortlicher Landtag. Bei den Ausschusssitzungen wurden ...

Der erste Unfall des Zentrum. Die Bundeskommission ...

In Abgeordnetenhause haben die freistimmigen Abgeordneten ...

Die Vorzüge, die der Alkoholsänger Dr. Frühlich aus ...

Die Wahlreformvorlage ist am Mittwoch in der zweiten ...

Zur Duellaffäre in Wien wird gemeldet, dass nunmehr ...

Die Dresdener Kriminalpolizei forschte gestern in den ...

Abgeschlagenes Attentat. In der Sitzung der Bürgerschaft ...

Die Offiziere und der Kaiser. Bei der Erwählung der ...

Ausland.

Aus dem Reiche des Jaren. In den letzten Tagen ...

Der Nationalkongress der italienischen Sozialdemo-

Partei, es läge für sie kein Grund vor, ihre ...

Der Verlust der Philippinen kam am Mittwoch in der ...

Am Verlaufe der Debatte über die Abtretung der Inseln ...

Lokales und Provinzielles.

Dresden, den 6. Februar 1904.

Über die Kunst und das Volk

Dr. Albert Südekum

wird am Montag Abend stattfindenden öffentlichen ...

* „Miß kein „Terrorismus“. Unter der Anklage ...

Kornetz arbeitete zusammen mit dem Drechsler Hugo Mai ...

Das dieser harmlose Vorgang von der „Dresdener ...

* Die Volksvorstellung des Sozialdemo-

so findet am Sonntag, den 14. Februar eine Wieder-

* Kaufmannsgerichte. Auf Veranlassung des ...

In dem Maße, als die Konzentration des Handels zunimmt, ...

eingeführt werden. Die sogenannte Konkurrenzankunft im Verträge, die den Handlungsberechtigten aus Schwere in seinem Wort kommen hindert, müße in Wegfall kommen. Der Entwurf sollte bei den Kaufmannsgerichtlichen Rechtsanwälte als Vertreter zu sein. Der Stand der Angelegenheit ist nicht zu ändern, wenn ihre Tätigkeit sei nicht einzuwenden, aber hier seien sie außer Acht zu lassen, mindestens beziehe die Bestimmung, daß durch sie die Prozesse verteuert und verschleppt werden könnten, der soziale Gedanke, der den Kaufmannsgerichtlichen innewohnen soll, müße nicht zur Geltung kommen können. Ein Hauptpunkt gegen den die Kollegen sich zu wehren haben, sei die Untertragung der Wahl der Richter auf einzelne Verbände und Vereine, wie sie der Entwurf vorseht. Ein solche Übertragung würde zu unheilvollen Konsequenzen führen. Das Wahlrecht sei unbedingt auch auf die Handlungsberechtigten auszuweiten, es beste eine soziale Ungerechtigkeit begreifen, wollte man die überproportionale Wahl weiblicher Richter von ihrem Rechte ausschließen. Zum Schluß präzisierete Wiedner die Stellungnahme der Handlungsberechtigten, insbesondere die der Hamburger Kammer, gegenüber den Kaufmannsgerichtlichen. Mit allen uns erdenklichen Mitteln, die sie durch nichts rechtfertigen lassen, suchten sie das Gesetz zu Falle zu bringen. Den Handlungsberechtigten erwächst die Pflicht, mit aller Energie für ihre berechtigten Interessen einzutreten, damit ein Gesetz zu Stande komme, das einen wirklichen sozialen Fortschritt bedeutet. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. In einer einstimmig angenommenen Resolution forderte die Versammlung unter anderem:

- 1. Ausdehnung des Errichtungsplanes auf das ganze Reich zwecks Schaffung einer länderlosen Kaufmannsgerichtsbarkeit.
- 2. Ausdehnung der Zuständigkeit auf Streitigkeiten über eine Vereinbarung, die den Gehilfen oder Lehrling nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner weiteren gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Konkurrenzankunft).
- 3. Verbot jeder Vereinbarung, die die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte ausschließt oder beschränkt.
- 4. Annahmehinweis der Kaufmannsgerichte mit vorhandenen (Gewerbe)gerichten durch Gemeinlichkeit der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie der Dienstleistungen.
- 5. Wahlrecht und Wahlbarkeit bei der Wahl von Richtern für alle selbständigen Kaufleute und Gehilfen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Geschlechts. Die Wahl ist unzulässig und geheim, eine Übertragung auf Verbände ist nicht zulässig. Anwendung der Rechtsmittel.
- 6. Festsetzung der Versammlungstermine auf 1. und 2. März.
- 7. Anwendung des § 21 des Gewerbegerichtsgesetzes, der die Nichtzulassung der Rechtsanwälte als Vertreter auspricht.
- 8. Anwendung der §§ 62 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes (Einigungsamt) auf die Kaufmannsgerichte.

Wir haben zu befehlen, Sie zu gehorchen! Dies „solche“ Wort des preussischen Polizeiministers v. Hammerstein gegen die Polen scheint auch auf ober-schlesische Polizeibehörden schon sehr „anregend“ gewirkt und dieselben zu neuen Taten gegen die polnisch sprechenden Mitbürger begeistert zu haben.

So verbot, wie wir bereits gestern kurz mitteilen, die Rattowitzer Polizeiverwaltung eine von polnisch-sozialdemokratischer Seite für den letzten Dienstag Nachmittag einberufene öffentliche Versammlung, in der Genosse Trabala über ein geschichtliches Thema referieren wollte, mit dem Hinweis auf eine Bestimmung des preussischen Landrechts, die besagt, daß es „das Amt der Polizei ist, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern derselben bevorstehenden Gefahr zu treffen.“ Diese Maßnahme der Rattowitzer Polizei ist ungesetzlich, weil nach preussischem Recht der Polizei grundsätzlich weder die Genehmigung noch das Verbot einer Versammlung aus dem Grunde, weil von derselben eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit befürchtet wird, aussteht. Nur aus gesundheitspolizeilichen oder baupolizeilichen Gründen können solche Versammlungen verboten werden. Solche Gründe waren für die in Rattowitz verbotene Versammlung aber weder vorhanden, noch von der Polizei geltend gemacht worden.

Aber mit dieser einen Ungeheuerlichkeit war es der Polizei noch nicht genug. Es war für eine Stunde später noch eine zweite polnische sozialdemokratische Versammlung angemeldet worden, in der über die „soziale Lage der Arbeiter“ referiert werden sollte. Für diese Versammlung war auch die Bescheinigung der polizeilichen Anmeldung erteilt worden. Als die Zeit für die zunächst angemeldete aber verbotene Versammlung herankam und sich zahlreiche Besucher einfanden, ließ die Polizei den Versammlungssaal im Gewerkschaftshaus räumen, selbst dem Arbeitsekretär Ciommer, der im Gewerkschaftshaus sein Bureau hat, wurde der Zutritt nicht gestattet. Dagegen ließ die Polizei dann zur zweiten Versammlung die Besucher ungehindert eintreten, ließ auch durch den Einberufer das Bureau der Versammlung wählen, als dann aber der Vorsitzende Breschniewicz das Thema des Vortrages mitteilen wollte, unterbrach ihn der überwachende Beamte, Polizei-Inspektor Weichart, mit den Worten: „Ich löse die Versammlung auf!“ Eine Angabe über die Gründe der Auflösung zu machen, verweigerte der Herr Polizei-Inspektor energisch, er wäre aber gewiß auch in Verlegenheit gewesen, gesehe ich die Gründe für die Auflösung anzugeben, denn von den in § 5 des preussischen Vereinsgesetzes angegebenen Auflösungsgründen traf hier die aufgelöste Versammlung nicht eine zu. Die Annahme, daß die Polizei die zweite Versammlung als eine nicht gestattete Fortsetzung der — ungesetzlich! — verbotenen ersten Versammlung ansah, kann auch nicht wohl gelten, denn dann hätte es die Behörde ja zweifellos nicht bis zur Tagung der Versammlung, Bureauwahl u. s. kommen lassen dürfen.

Nun werden die vorgeordneten Behörden, in letzter Linie ev. das Oberverwaltungsgericht, zu entscheiden haben, ob „wir“, h. h. die Rattowitzer Polizei, nur zu befehlen und preussische Staatsbürger in Rattowitz diesen Befehlen nur zu gehorchen haben, oder ob das Gesetz befiehlt, dem sich Staatsbürger und Polizei unweigerlich zu beugen haben. Die nächste Wirkung der geschilderten polizeilichen Gewaltmaßregeln aber ist Erbitterung und der ernsthafteste Entschluß aller Betroffenen, nun erst recht festzuhalten an der guten, verfolgten Sache.

Wie in Oberschlesien Wahlen zustande kommen. Aus Berlin wird uns geschrieben: Sämtliche Gemeindevereine wahlen in Rößberg vom März 1902 hatte der Magistrat der Stadt Beuthen, die als Besizerin ihrer Gasanstalt das kommunale Wahlrecht in Rößberg hat, als ungültig angefochten, indem er eine Reihe von Gründen geltend machte.

Besondere Beachtung verdient die Ansetzung der Wahl eines Herrn Witschorrel in der 3. Wählerabteilung. Gegen diese machte Beuthen geltend, daß W. nur infolge grober Wahlbeeinträchtigungen gewählt worden sei. Die Wahlzeit sei von 9 bis 11 Uhr Mittags festgesetzt gewesen. Als nun gegen Mittag das Stimmverhältnis für W., den Kandidaten der Verwaltung der Beuthener Grube, ungünstig geworden sei, da sei den im Vergleiche befindlichen Leuten befohlen worden, auszuscheiden und so schamhaft, wie sie seien, zur Wahl zu gehen und Witschorrel zu wählen! Im Wahlvorstand haben der Obersteiger Weigt gefesselt und sie hätten auch noch von anderer Seite beobachtet werden können, so daß ihnen nichts übrig geblieben sei, als W. ihre Stimme zu geben. Auch am Wahltag sei man der Meinung gewesen, daß die Leute ihre Stimme nicht freiwillig abgaben, denn beim Erscheinen der beschworenen Arbeiter habe der Vorsteher geäußert: „Jetzt kommt das Stimmbüchlein!“ Ein Grubenarbeiter habe den von der Grube abmarschierenden Leuten zugerufen: Witschorrel wählen! W. sei denn auch mit 182 gegen 151 Stimmen gewählt worden.

Der Kreisaustrich erklärte die Wahl in der 1. Abteilung für ungültig, die Wahlen der 2. und 3. Abteilung aber für gültig, und der Bezirksauschuss bestätigte das Urteil bezüglich der 2. und 3. Abteilung. Das Urteil begünstigt die 1. Abteilung war rechtskräftig geworden; es interessiert nicht weiter. Das Gericht ließ den angetragenen Wahlern geltend gemacht, daß als Wahlleiter ein nicht am Wahlort anwesender Schröder fungierte und deshalb die Wahlen schon ungültig seien, nicht gelten, weil hier der Wahlleiter nur mechanische Schreibarbeit verrichtet habe und nicht von Vorstehenden kontrolliert worden sei. Was nun die Wahl in der 1. Abteilung anheht, so habe die Beweisführung eine unzulässige Verneinung nicht erheben. Der Verwalter des Wahrschreibens habe sich bedient, daß er nur (!) hier und da einem Verwalter die Wahl Witschorrels empfohlen (!) habe und daß er zu den Beamten gedauert hätte. Es wäre wünschenswert, wenn Witschorrel gewählt würde und daß man seine Wahl den Arbeitern empfehlen würde. (!) Auch durch Ausschau auf der Grube sei die Wahl empfohlen worden: „Morgen ist Wahl in Rößberg, unter Kandidat W. der Stellenbesitzer Witschorrel!“ Eine Benachteiligung oder Verneinung wie zu der Wahl eines andern sei weiter angedroht worden, noch erfolgt. Und der Zustand eines Grubenarbeiters, als Mittags den Arbeitenden zur Wahlzeit gegeben (!) worden sei: Witschorrel wählen!“ sei nur als Empfehlung, nicht als Befehl anzufassen. (!) Es handele sich um eine zulässige Wahlbeeinträchtigung, von der nicht einzuführen sei, daß sie ein Wahlergebnis erzielt hätte, welches nicht der Ausdruck des Willens der Wähler sei. Somit sei auch diese Wahl gültig.

Der Magistrat von Beuthen legt noch Revision ein und rügte unter anderem als groben Mangel des Verfahrens, daß nicht nach einem Antrage des Klägers die Arbeiter darüber vernommen worden seien, ob sie freiwillig Witschorrel ihre Stimmen gegeben hätten.

Das Oberverwaltungsgericht unter dem Vorsitz des Herrn Peters verwarf die Revision. Es vermochte weder einen Rechtsirrtum, noch einen Mangel des Verfahrens zu erkennen. Was den Beweisanspruch betreffe, so habe der Magistrat nicht die Personen bezeichnet, und es sei nicht Aufgabe des Richters die zu vernehmenden Personen zu ermitteln. Der Magistrat hätte jeden Einzelnen angeben müssen. Ferner hätte aber die Vernehmung auch nicht erfolgen brauchen, weil der Gegenstand der Vernehmung, die Beantwortung der Frage nach der Freiwilligkeit der Stimmabgabe, nicht tatsächlicher Natur sei, sondern sich dabei um ein Urteil handele. — Die Revision könne keinen Erfolg haben.

Achtung, Holzarbeiter! Es wird uns geschrieben: In der Nautscherei von Schröder u. Lehmann legten sämtliche Tischler, insgesamt 72 Mann, die Arbeit nieder. Die Ursachen lagen in dem Verhalten des zweiten Werkführers Kaiser gegenüber der Kollegenschaft. Die Differenzen sind inzwischen ausgeglichen worden. Es war daher nicht nötig, ein solches Polizeiaufgebot vor die Fabrikstore an der Parisch- und Michaelisstraße zu postieren, wie es gestern der Fall war. Auch waren die Kollegen nicht imstande, ihre Werkstatt-Angelegenheiten in ihrem Stammsaal zu regeln, auch dort wurden sie, durch sonst nicht übliche Umstände daran gehindert. Durch das Erscheinen der Polizei war eine große Erregung unter den sämtlichen Arbeitern entstanden. Die Arbeit ist heute früh von sämtlichen Tischlern wieder aufgenommen worden, nachdem seitens des Bevollmächtigten des Holzarbeiter-Verbandes mit der Fabrikleitung verhandelt worden war.

Arbeiter-Vertreter-Verein. Am Freitag, 5. Februar, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer Nr. 7 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge der Kollegen Peterhansel und John über die Zustände im Genesungshaus in Höhenwiese, sowie „Aus der Rechtsprechung“.

Achtung, Leser des Nikolaitores. Da im Distrikte Nikolaitor eine Neuordnung der Polizeipatrulle stattgefunden hat, so ersuchen wir alle etwaigen Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung sofort an unsere Expedition zu melden.

Rekrutenziehung! Vor dem Breslauer Kriegsgericht fand am Donnerstag ein Unteroffizier R., welcher der Mißhandlung von Untergebenen in 19 und der vorchriftswidrigen Behandlung in 26 Fällen angeklagt war. In der Sache waren 16 Zeugen geladen. Die Fälle sollen sich vom Oktober bis Dezember abgetragen haben. Die 26 Fälle vorchriftswidriger Behandlung sämtlich im Dienst, von den 19 Fällen der Soldatenmißhandlung 17 im Dienst. Vor Beginn der Verhandlung machte der Verhandlungsführer die als Zeugen geladenen Mannschaften aufmerksam, sich durch den Umstand, daß ein Vorgesetzter auf der Anklagebank steht, in ihren Aussagen nicht beeinflussen zu lassen. Es handelte sich um viele furchtbare Fälle. Der Angeklagte wurde als ein vorzüglicher, außerordentlich pflichttreuer und gewissenhafter Unteroffizier bezeichnet. Er behauptet, wirkliche Mißhandlungen seien wohl bei keinem der Leute vorgekommen, es könne möglich sein, daß er, wenn die Mannschaften im Dienst nachlässig waren, nicht aufpassen, einschließen oder in der Instruktion keine oder falsche Antworten geben u. s. daß er sich in der Aufregung darüber vergessen und die Leute mal angefaßt und geschüttelt habe, um die Aufmerksamkeit anzuregen. Das käme vor und gehöre zur Ausbildung und sei doch weiter nichts dabei. Der Unteroffizier stellte es nur als „kleine, gütliche Verärgerungen“ dar. Am 15. Oktober bekam der Unteroffizier eine Rekruten-Korporalkraft zur Ausbildung. Die von ihm trainierten Leute, Polen und Oberschlesier, machten vor dem Kriegsgericht über ihre Zeugenausagen, sodas der Verhandlungsführer ihnen sagte, sie brauchen sich nicht zu fürchten vor dem Unteroffizier, es würde ihnen nichts passieren, wenn sie die Wahrheit sagen, der Angeklagte könnte auch hinausgeschickt werden, damit er nicht höre, was die Zeugen sagen. Aus der Rekrutenvernehmung ging hervor, daß der Unteroffizier die Rekruten in der Instruktion, beim Griffelstoßen, Gewehreinigen, Turnen u. s. gefoßen, geschüttelt, gedroht oder gepufft hat. Dem Rekruten Friga, der auch unter dem Unteroffizier zu leiden hatte, drohte er, als er einmal auf Urlaub fuhr, wenn er zurückkomme, gäbe es etwas. Als in der Stube früh der Wasserkeg nicht gefüllt war, schaltete der Unteroffizier die Rekruten, indem die ganze Korporalkraft den Wasserbedarf in Wassergläsern auf die Stube holen mußte. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Esche, meint, die Zeugen scheinen zurückgehalten zu haben. Er beantragte drei Wochen Mittelarrest wegen 12 Fällen der Mißhandlung und 29 Fällen vorchriftswidriger Behandlung. Das Kriegsgericht erkannte bei Annahme von zwölf Mißhandlungs- und 18 Fällen vorchriftswidriger Behandlung auf fünfzehn Tage Mittelarrest.

Aus dem Riesengebirge, 3. Februar. Durch Schneesturz im Hochwaldegebiete „bei den Häuten“ verunglückte gestern der Häusler und Waldarbeiter Pöfer, und erlitt so schwere Querschnitte, daß er sich zu Schitten ins Tal transportieren lassen und ärztliche Behandlung nachsuchen mußte. — Das Wetter ist bei geindem Frost trübe und im Raumgebiet neblig.

Striegan, 3. Februar. Unglückfall. Ein Arbeiter, welcher am Montag der hiesige Arbeitervereiner Robert Bischermann. Auf dem Wege zur hiesigen Fabrik wurde er von der Kugel einer Revolverpatrone, die von dem Arbeiter Bischermann in die Höhe geschossen wurde, getroffen. Die Kugel schlug in die Brust und brach dabei den ersten Unterarm. Die Verletzung, welche Bischermann erlitt, soll infolge des Schusses eine sehr schwere sein. Hilfe der Arbeiter des „Rohrholts“ die Polizeiverordnung betreffend Bestrafen der Bürgerliche bei Gläubigkeit, dann wäre das Unglück nicht passiert.

Ein „Nichtorganisierter“? Im Strieganer Arbeiterstand diese Woche ein Inzident, in welchem die Arbeiter von Striegan und Umgegend an einer öffentlichen Versammlung eingeladen werden, in welcher über Ausarbeitung eines Tarifs Beschlüsse gefaßt werden soll. Unter diesem Inzident stand ein anderes, welches wohllich lautet: „Maurer und Zimmerer!“ Dem „Einberufer“ bleibt zu empfehlen, daß er zur Durchführung der neuen Lohnsätze auch für genügend Arbeit sorgt; denn für die Stunden sind solche Tarife rechtlos. Die Versammlung mit den Lohnsätzen haben leider nur den Nachteil, jedermann abzuhalten, etwas haben oder arbeiten zu lassen, und wenn keine Arbeit, dann gar kein Lohn.

Ein Nichtorganisierter.“ Nun haben wir's also! Die Tarife sind schuld, daß niemand mehr baut. Interessant wäre es, zu erfahren, wie vieler „Nichtorganisierter“ es ist, soll es etwa einen Arbeiter vorstellen? Das glaubt ja dem Strieganer Arbeiter kein Mensch. Wenn bei den Können, welche die Maurer und Zimmerer von Striegan erhalten, niemand mehr bauen kann, dann hört alles auf. Die Maurer und Zimmerer werden nun erst recht die Versammlung besuchen zum Verger der „Nichtorganisierter“!

Neustadt O.S., 3. Februar. Volksversammlung. Montag, den 1. Februar, Abends 8 Uhr, fand in dem Lokal des Arbeitervereins eine öffentliche Versammlung statt, welche auf Befehl war. Ueber das Thema „Wo sind die Kulturfreunde?“ sprach Genosse Trabala in Rattowitz in 2 1/2 stündiger Rede. Er führte den Anwesenden zunächst die Geschichte der Arbeiterbewegung in früherer und jetziger Zeit vor. Wies nach, wie der Fortschritt der Arbeiter schaffte herbeiführte und erwachte, es sei noch lange nicht der Abschluß des Fortschritts erreicht, denn den Alten gebiet die Vergangenheit, den Jungen aber die Zukunft. Dies beweist am deutlichsten die Reichstagswahl, welche drei Millionen Stimmen auf unsere Partei vereinte. Das die abgegebene Stimmzahl noch um ein Bedeutendes erhöht worden wäre, wenn die Gegner nicht mit den ihm wichtigsten Mitteln gearbeitet hätten liegt auf der Hand. Nebener ging auch auf die Wahlabschlüsse ein, welche die Gegner zur Zeit der Reichstagswahl vertrieben. Uebergehend auf die Reichstagsdebatten im Reichstag und die verteilten Billets werden, sagte Wiedner an der Hand eines gezeichneten statistischen Materials, daß die wahren Kulturfreunde die Sozialdemokraten sind, welche für die Interessen der Arbeiter und kleineren Beamten eintreten. Wir haben allen Grund die Unzufriedenen zu sein, weil der, welcher vom frühen Morgen bis Abend unermüdet schaffte, nicht soviel verdient, daß er sich ordentlich ernähren und belibden kann. Nachdem Wiedner noch das Koalitionsrecht, die schlechten Schulverhältnisse und das Alter- und Invalidengeld erklärte und kritisierte, schloß er unter großem Beifall seinen Vortrag.

In der Diskussion meldete sich Herr Grabatski, zum Wort, welcher sich wohl auf gewisse „Aktivitäten“ im Gebiet mit Genossen bezugs einverstanden erklärte, es aber auf religiösem Gebiete nicht kann. Genosse Wiedner antwortete dem Redner, er solle nur die wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit vertreten, denn im Programm der sozialdemokratischen Partei stände deutlich: „Religion ist Privatangelegenheit.“ Er beteiligten sich an der Diskussion noch die Genossen Pöfer, Schindler, Panisch, Distner, Heilig und Wiedner. Nachdem Genosse Wiedner die Arbeitereinstellung dieses hiesigen Geistes betreffend der Wasserarbeiten schilderte, wurde die Versammlung um 12 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Doppeln, 6. Februar. Zu dem angeblichen Kindesraub wird am Doppeln berichtet: Am 16. v. M. ermittelte der berittene Gendarm Dienst II von hier in der Nähe von Secepanowitz bei Doppeln auf einem Wohnwagen der vagierenden Romabiantentruppe Rosenbach ein Kind, welches eine frappante Ähnlichkeit mit der den Kaiserlichen Ehelenten zu Hannover vor zwei Jahren entführten, damals fünf Jahre alten Elise Kassel aufwies. Der Gendarm entnahm der Gesellschaft die Kleine, verhaftete auch die sehr widerspenstige Frau Rosenbach und führte letztere der Staatsanwaltschaft zu, welche die M. im Untersuchungsgefängnis internierte, das Kind jedoch der Pflege und Wartung einer Gefangenenauffseherin anvertraute. Frau Rosenbach und ihr Anhang bestritten den Kindesraub, die M. stellte auch die Behauptung auf, daß das fragliche Mädchen, welches sie Alma nannten, ihr Kind und vor acht Jahren an einem unbekanntem Orte in der Gegend von Herrnsdorf in Schlesien geboren worden sei. Alma, ein geistlich und körperlich gut entwickeltes schönes Kind, hatte jedoch bereits, am obengenannten Tage vor dem Gendarmen nach der Herkunft befragt, ausgesagt, daß sie aus Hannover sei und dort eine andere Mutter habe, welcher sie aber nicht so gut sei als der gegenwärtigen, von der sie keine Kränkel bekäme. Diese und noch andere Aussagen Almas bestritten den Gendarm in seiner Meinung, daß er es wirklich mit der gerachteten Elise Kassel aus Hannover zu tun habe. Auf gerichtliche Anordnung wurde das Kind hier photographiert und das Bild dem Ehelenten Kassel zugesandt. W. aber das Bild allein zur Feststellung der Identität mit ihrem Kinde nicht ausreichte, wurde Frau Kassel beordert, nach Doppeln zu kommen, um sich das Kind genau in Augenschein zu nehmen. Es erschien deshalb heute Frau Kassel hier an Gerichtsstelle und wurde ihr Alma gegenübergestellt. Frau K., die sich schon auf die Wiedererlangung ihres Kindes gefreut, vermochte zwar in Alma eine große Ähnlichkeit mit ihrem verlorenen Kinde zu erkennen, aber nachdem sie eine sehr genaue Prüfung der Ohren, Haarstellung, Mundgestaltung und einer Wange an der rechten Hand vorgenommen hatte, vermochte sie das ihr vorgestellte Kind nicht als ihre gesuchte Elise anzuerkennen. Infolgedessen verfiel das Gericht die sofortige Haftentlassung der Frau Rosenbach und Freigabe des Kindes an seine angeblichen Eltern. Bemerkenswert ist noch, daß Alma mit dem Ehelenten Rosenbach weder in der Gesichtsbildung, noch Gesichtsfarbe und Haarfarbe nicht die geringste Ähnlichkeit hat, erstere zeigen einen fast ausgeprägten Jüdenertypus mit ravenen Haaren, Alma dagegen besitzt eine schön rötliche Gesichtsfarbe und hellblonde Haare. Sicherlich bereitet sich aber die Herkunft Almas ein dicker Schleier.

Au unsere Leser richten wir die bringende Bitte: „kauft nur bei unseren Inserenten.“ Man bewahre auch in dieser Beziehung die unserer Zeitung schuldige Solidarität. Jeder unserer Leser kann unsere Zeitung, die ja doch sein Sprachrohr ist, im Kampfe ums Dasein bedeuten unterstützen, wenn er bei Einkauf seiner Waren in den Geschäften sich stets auf uns beruft und so unserer Zeitung ständige Inserenten zuführt. Man laufe deshalb nicht planlos ins erste, beste Geschäft, sondern sehe sich erst einmal unsere Zeitung an, bevor man einkauft.

Cappeln, 6. Februar. Noch einmal die verstockte Kriegervereinsfabrik. Der angebliche nationalpolnische Dieb der berühmten Fabrik des Kriegervereins in Alt-Schallowitz, Bauer Jakob Rausa, hat der Oberösterreichischen Presse nunmehr folgende Erklärung gegeben lassen: Von einem Diebstahl der Vereinsfabrik kann keine Rede sein, da ich dieselbe doch nicht für mich verwenden wollte, sondern durch die Entnahme derselben aus dem Werkstätten des Vereins mittelbar befehrt werden, in Zukunft vorläufiger mit der Fabrik umgeben und dieselbe nicht achtlos bei Seite stellen, wie es seit Jahren schon geschehen. Dadurch auch ist es nicht wahr, daß ich diesen Diebstahl mit welchem es sich hier handelt, nicht aus dem deutschen Reich, sondern aus dem Reich der Germanen nicht in die Welt gesetzt, ebenso wenig bin ich der Gründer des polnischen Vereins in Alt-Schallowitz, da ich in diesem Jahre 1893, in welchem der Verein gegründet worden ist, bei der Feld-Artillerie, Regt. Nr. 21, in Neustadt gedient habe.

Unsere hiesige Kriegervereins-Presse und die Lokalblätter haben sich also wieder einmal über das freche Vorkommnis in demselben unrichtig geäußert.

Es gilt nicht mehr! Ob diese Mütter aber auch die Verantwortung des polnischen Diebstahls bringen werden?

Wien, 4. Februar. Von einem Baumstamm erschlagen. Beim Abladen von schweren Baumstämmen im eigenen Gehöft wurde der Gärtniker Franz Kutschka in Pergamendort von einem Stamm so schwer gegen den Kopf geschlagen, daß das Gehirn sofort heraustrat. Kutschka war auf der Stelle tot.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 4. Februar.

Geburten. I. Tischler Robert Ranke, ev., S. — Schlosser Alfred Richter, ev., T. — Schmied Adolf Ahmann, kath., S. — Packler Franz Priguna, kath., S. — Maurer Paul Jaberle, ev., S. — Anstaltler Paul Rimara, kath., T. — Schlosser Robert Meisel, ev., T. — Tischler Valentin Jugebör, kath., T. — Arbeiter Paul Dittler, ev., T. — Kutscher Paul Smuda, kath., T. — Zimmermeister Friedrich Hilbig, ev., S. — Gerber Bruno Weimann, ev., S. — Sattler Wilhelm Anders, ev., S. — Kesselschmied Hermann Hollmann, kath., T. — Bauer Bruno Buchsch, ev., T. — Arbeiter Hugo Partsch, kath., S. — Schneider Karl Jarczyk, ev., S. — III. Tischler Arthur Friebe, kath., Zwillinge (S. u. T.) — Arbeiter Adolf Schur, kath., T. — Alarzmacher Emil Peter, ev., T. — Arbeiter Paul Vientel, kath., T. — Zeiger Paul Gontke, ev., S. — Maler Karl Brönniger, ev., S. — Schriftföhrer Felix Anders, ev., S. — IV. Hausdiener August Kany, kath., S. — Schmied Robert Fuhrmann, ev., Zwillinge (S. u. T.) — Arbeiter Erwald Tilgner, ev., S. — Feischer Hermann Gahn, ev., S. — Schlosser Arthur Hunte, ev., S.

Todesfälle. III. Tischlergefelle Julius Brenner, 47 J. — Gertrud, T. des Korbschneiders Fritz Barische, 4 J. — Former Paul Leopold, 61 J. — Hementarbeiter Hermann Hübler, 38 J. — Anna, T. des Dachdeckers Josef Pilsda, 1 J. — Steinweg Karl Peter, 29 J. — Schriftföhrer Paul Görlsch, 29 J. — Wittib, S. d. Maurergefellen Wilhelm Schubert, 2 J. — Former Wotisch Schlorer, 66 J. — Bauarbeiter Wilhelm Garde, 63 J. — Otto, S. d. Bäckers Ernst Singel, 1 W.

Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschaftshaus: Paul Volkmer, Kleine Fischerstraße 21.

Freitag, den 6. Februar

Turner-Übung im Saale.

Sonabend, den 6. Februar

Massenball der Handels- u. Transport-Arbeiter im Saale.

Metallarbeiter-Verband. Bibliotheksabend, Zimmer Nr. 1.

Polzarbeiter. Ababend, Zimmer Nr. 1.

Hilfsarbeiter-Verband. Ababend, Zimmer Nr. 1.

Lehrer-Verband. Zimmer Nr. 2.

Tabakarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 3.

Waldarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 5.

Tabakarbeiter und -Krankenkasse. Ababend, Zimmer Nr. 7.

Blauer Arbeiter. Ababend unten.

Sattler-Krankenkasse. Ababend unten.

Sonntag, den 7. Februar:

Massenball der Turner im Saale.

Gauleitung der Holzarbeiter. Zimmer Nr. 2.

Aufsicht. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.

Genossenschafts-Bücherei. Vorm. 10 Uhr. Zimmer Nr. 3.

Schneider-Versammlung. Nachmittags 6 Uhr. Zimmer Nr. 3.

Schriftföhrer und Stereotypen. Vorm. 11 Uhr. Zimmer Nr. 5.

Wärfen- und Pinselmacher. Vorm. 10 Uhr. Zimmer Nr. 7.

Maurer-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Abtag unten.

Steinseher-Verband. Abtag unten.

Maurer-Verband. Vormittags, Abtag unten.

Bauarbeiter-Verband. Abtag unten.

Montag, den 8. Februar:

Volkerversammlung (Genosse Sühnding) im Saale.

Sonntag, den 14. Februar:

Arbeiter des Landverkehrs. Nachm. 4 Uhr. Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Bezirksführer zc.:

Distrikt I (Gräßlener Vorstadt).

Die Parteigenossen der Bezirke 1-6 der Gräßlener Vorstadt werden ersucht, zu der Sonntag früh 1/9 Uhr stattfindenden „Volkswacht“-Agitation zahlreich zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Die Genossen der Bezirke 02, 03, 04 werden ersucht, Sonntag früh 1/9 Uhr im bekannten Lokal zur „Volkswacht“-Agitation zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

An die Bezirksführer. Sonntag, den 7. Februar: Vormittags 10 Uhr: Besprechung im bekannten Lokal. Pünktliches Erscheinen aller ist notwendig. Der Distriktsführer.

Bezirk 17. Zusammenkunft im bekannten Lokal am Sonnabend.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).

An die Bezirksführer. Sonabend, den 6. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokal. Mitglieder sind eingeladen. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Der Distriktsführer.

Distrikt V (Scheitniger Vorstadt).

Bezirke 74 u. 75. Am Sonnabend Abend Zusammenkunft im Lokal Königgräzerstraße. Zambrodt, Schneider.

Bezirk 81. Am Freitag, den 5. Februar, Zusammenkunft im bekannten Lokal. Pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.

Buchhandlung „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5/6.

Sieben erschienen:

Die Opfer der Kaserne.

Eine Anklageschrift
nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile von
Rud. Kraft

fr. bayerischer Premierleutnant a. D.
96 Seiten. — 50 Pfg. — (Voris 10 Pfg.)

Zur Aufklärung über die wahren Ursachen der Soldatenmishandlungen ist diese Schrift des bekannten Fachmannes unentbehrlich. Zur Agitation enthält sie eine Fülle von Material.

Jena oder Sedan?

Roman von F. A. Boyerlein.

Billige Volksausgabe. Auflage 60000.

Preis brosch. 2 Mk., geb. 3 Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Sieben ist erschienen:

Crimmitschau

unterm Belagerungszustand.

Einzelpreis 15 Pfg.

Eine Darstellung der Ursachen und des Verlaufes der Ausbreitung und einer Würdigung des Kampfes in Crimmitschau. Die Darstellung ist belebt durch charakteristische Zeichnungen aus dem Weberkampfe. Bestellungen werden zahlreich und baldigt erbeten.

Der aus dem Verkauf der Broschüre erzielte Ueberschuss wird den Ausgesperrten überwiesen.

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteurs.

Stadt-Theater.

Freitag:
„König Ottobars Glück und Gude.“

Sonabend:
„Traviata.“

Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der Troubadour.“

Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Max Marx:
„Die sieben Schwaben.“

Lobe-Theater.

Freitag:
Gastspiel Max Marx:
„Madame Cherry.“

Sonabend:
„Jasfensreich.“

Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Er und seine Schwester.“

Abends 7 1/2 Uhr:
„Jasfensreich.“

Thalia-Theater.

Sonabend (Dumboldt-Verein):
„Der Götterkrieg.“

Sonntag Abend 7 1/2 Uhr:
„Sar und Zimmermann.“

Palmengarten

Gartenstr. 65.

Sonabend, d. 6. d. M.:
9. nrisdelos Bockfest

Es werden unter das ansehnliche Publikum 5 großartige Geschenke verteilt, u. a.:

Ein Humpen
(Brachistid).

Die Gegenstände sind bis Sonnabend abend in der Sig.-Handlg. von Lüdau & Winterfeld, N. Schweidnitzerstraße, Ecke Gartenstraße, ausgestellt. [143]

Neues reichhaltiges Fest-Programm.

Es konzertieren
2 internationale Kapellen.

Ein freundl. Logis

für Herren ist bald zu vergeben.

Zu erfragen bei
Gaber, Geyersstr. 91, III.

Dominikaner.

Heute Freitag:
Gr. Bookfest

mit Mitwirkung d. gesamten
Büchberger Bauern.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Eintritt 10 Pf. inkl. Volklieder.

Freunden, Gönnern und Parteigenossen bringe ich hiermit mein
Kaffee-, Feinst- und Saarschneide-Geschäft
in empfehlende Erinnerung

Karl Nieblisch

Anderstr. 4 [166]

2. Haus v. d. Friedr.-Wilhelmstr.

Best. weißer Farin Pfd. 18 Pf.
hart. Zucker im Brot Pfd. 20 Pf.
Böa-Kaffee. [94]

sehr fein im Geschmack.
Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pf.
Perl-Kaffee Pfd. 100 Pf.
Getreide-Kaffee Pfd. 12 Pf.
Malz-Kaffee Pfd. 25 Pf.
Türk. Pflaumen Pfd. 25 Pf.

Bakobst, gemischt,
Pfd. 27 und 35 Pf.
Pflaumenmus Pfd. 25 Pf.
Zuckersyrup Pfd. 15 Pf.
Honigsyrup Pfd. 25 Pf.

Breslauer Korn Pfler 50 Pf.
Alter Rum Pfler 100 Pf.

Th. Giersdorf

Glückerstr. 21, am Waterloopl.
Filialen: Mollikerstr. 1a,
Eulerstr. 9, Matthiaskstr. 185,
Weinstr. 38, Dierschstr. 85.

Möbel! Streng reell! Möbel!

Wichtig für Möbelleufer!

Wenn Sie reell und dauerhafte Möbel kaufen wollen, so beachten Sie meine Firma. Sie kaufen bei mir um 15% billiger, weil ich die Möbel zc. in eigener Werkstatt anfertige und langjährige Garantie gebe. 50 kompl. Einrichtungen stehen zur Verfügung von 150 Mk. an in allen Holzarten. Befestigung ohne Kaufzwang gestattet. Nach außerhalb freie Verpackung.

J. Zwolanowski, Tischlermeister,
Jetzt Matthiasstrasse 110, n-4-m der Kreuzburgerstrasse.

Central-Verband der Töpfer Deutschlands
(Filiale Breslau).

Sonabend, den 6. Februar 1904:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
I. Vortrag des Stadlvorordneten Genossen O. Schütz.
II. Abrechnung des örtlichen Fonds. [164]
III. Geschäftliches.

Der Vorstand.

Zigarren!

Mein neu errichtetes Zigarren-Spezial-Geschäft erlaube ich mir hiermit zu empfehlen und bitte um gütige Unterstützung.

Vorachstend
K. Breuer,
39, Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Empfehle meiner werten Kundschaft für Mädchen u. Knaben

Knopf-, Schür- und Bugstiefeln

selbstgefertigte Ware, zu ganz soliden Preisen,
billiger wie jede Konkurrenz, sowie
Herren- und Damen-Gamaschen

in jeder Größe vorrätig.

H. Christmann,
Nr. 37, Scheitnigerstraße Nr. 37.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel-Kredit

Anzüge — Paletots [163]

Betten, Damengarderoben zu spottbillig,
anzehört geringe Anzahlung!

Max Biermann,
Ring 51, 1. Etage (neben der Stokgasse).

Breslauer Gewerkschaftshaus
Margarethenstraße 17.

Sonntag, den 7. Februar 1904:
Grosser Masken-Ball

darstellend ein
Schükenfest in Rurik an der Knatter

arrangiert von der
Freien Turnerschaft Breslau.

Auf der Festwiese:
Grosser kostümierter Schützen-Reigen

ausgeführt von 15 Damen und 15 Herren.

Humoristische Turner-Aufführungen aller Art.

Tanz in der Bauernstube. — Panorama. — Schützen-Schlesstand
Original-Automat. — Schaubuden. — Rettig-Koarle.

Im Vorverkauf: Herren 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.
Im Vorverkauf: Damen 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Einlaß 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bitten
Die Ausschuss-Schützen.
Parten des Gewerkschaftshaus und in der Expedition zu haben.

A. Franz Nachf. H. Wiersing
Messergasse 1 II, am Neumarkt.

Grösstes Theater- und Masken-Garderoben-Vorleih-Institut.

Grosse Auswahl in Quadrillen-, historischen und Festzugs-Kostümen. [1899]

Neu-Anfertigungen prompt und billigst.
Telephon 7996. Theater-Bühne leihweise zur Verfügung.

Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!

Die
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Wittnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98

empfehlen ihr großes Lager in
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.

Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Werkstatt aufmerksam
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.

Der Vorstand,
Paul Thater, Paul Lange.

„Der wahre Jakob“

Sozialdemokratisches Witzblatt.

Durch die Expedition und Kolporteurs.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 4. Februar 1904, 1 Uhr.

Vom Bundesratssekretär Staatssekretär Dr. Nieberding. Die erste Lesung der Vorlage über die Entschädigung un- schuldig Verhafteter wird fortgesetzt.

Abg. Frohne (Sozialdemokrat)

geht auf die parlamentarische Vorgeschichte des Gesetzes ein. Vor 20 Jahren noch stand die Regierung auf dem Standpunkt, daß un- schuldig erlittene Untersuchungshaft ein selbstverständliches Opfer darstelle, das der Bürger der Justizpflege bringen müsse; eine Entschädigung würde zu betrügerischen Manipulationen führen. Davon ist die Regierung ja wohl endlich abgekommen, nachdem der Widerstand der Einzelstaaten, besonders Preussens, die Reform so lange hintertrieben hat. Bedauerlich ist es, daß das Zentrum der Vorlage so feindselig gegenübersteht. Aber wenn die Regierung in ihren Anschauungen so gewandelt hat, muß sie sich sagen, daß sie auch jetzt noch weit hinter dem zurückbleibt, was im Interesse des Rechts gefordert werden muß. Unsere Anträge auf Sicherung gegen ungerechtfertigte Untersuchungshaft sind ja stets von der Regierung abgelehnt worden, sie hat in all diesen Fragen immer auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen und will uns jetzt glauben machen, daß diese niemals eine Rolle gespielt haben. Das gleiche Gesetz ist genau so elendes Stückwerk und birgt genau so große Un- gerechtigkeiten in sich, wie das über Entschädigung für un- schuldig erlittene Strafhaft. Die Regierung hat kein Recht, sich auf die Volksmeinung zu berufen; wenn sie dieser Meinung trauen wollte, dürfte von unserem gemeinsamen Reichstag ein neues Gesetz herbeigeführt werden.

Die heutige Justiz trägt einen angelegenen Massen- Charakter.

Das kann die schlimmste Entstellung aller Richter und Staats- anwälte innerhalb und außerhalb dieses Landes nicht aus der Welt schaffen. Gerade wir Sozialdemokraten haben uns der Zeit des Sozialistengesetzes her in dieser Beziehung reiche Er- fahrungen gemacht. Damals waren wir vogelfrei, der schändlichsten Willkür preisgegeben (Vehementer Zustimmung bei den Soz.), damals suchte man oft unter der Androhung der Verhängung von Untersuchungshaft Geständnisse aus zu pressen. (Große Ironie rechts.) Wichtiger noch als die Gewährung einer Ent- schädigung für ungeschuldig erlittene Untersuchungshaft ist die Befreiung der hiesigen Urteilen, die zu solchen Justizverbrechen führen. Da bekämpfen wir in erster Linie

die ganze Institution der Staatsanwaltschaft.

die einen juristischen Nonens darstellt. Hervorragende Juristen, wie Mittelstädt, stehen hier auf unserer Seite. Die Staatsanwalt- schaft hat nur die Tendenz, Schuldige aufzufinden; Anklagen zu formulieren und neue Delikte zu erfinden. Die alltäglichen vollständigen Mißgriffe qualifizieren sich zum großen Teil gerade- zu als Mißbrauch. Demgegenüber müssen wir die Beamten unter den moralischen Zwang von Bestimmungen stellen, wonach sie für jeden Schaden persönlich haftbar gemacht werden. Eine weitere Garantie gegen Ungerechtigkeiten würde die stärkere Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung sein. Manches Urteil, das der gesunde Verstand nicht begreifen kann würde dann nicht gefällt werden. Wir müssen darauf bestehen, daß alle ungeschuldig Verhafteten entschädigt werden solange ihre Schuld nicht nachgewiesen ist. Galtens doch die sogen. maß- gebenden, gutgeleiteten Kreise jeden Sozialdemokraten für hinreichend des Meinesdies verdächtig. Aber das Rechtsbewußt- sein des Volks läßt sich in diesen Fragen nicht mehr täuschen, es ver- langt eine gründliche Reform der gesamten Straf- prozedurordnung. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Als Dankbarkeit für die Ruhe und Objektivität des Vorredners will ich ihm gleich antworten. Ich habe gestern die Lor- beiter nicht bepannen, zu behaupten, daß die Regierung ihren jetzigen Standpunkt im Grunde einigermassen habe. Statt anzuerkennen, daß wir in dieser Frage begründeten Anregungen zugänglich waren, macht uns Herr Frohne jetzt noch einen Vorwurf daraus. Den Nachweis der Unschuld für die Entschädigungsberechtigung hat auch der Justizrat verlangt. Der Vorredner sprach von ge- wissenlosen und gesetzwidrigen Verhaftungen seitens der Staatsanwälte und Richter. Voraus mit den Fällen! Statt dessen überzischen uns die Herren mit solchen Behauptungen, ohne uns vorher die einzelnen Fälle zu nennen. Wenn der Vor- redner Mißbräuche der Justiz kennt, so möge er sie dem Reichs- tagler anzeigen. Ich bitte dafür, daß die Fälle geprüft werden.

Aus aller Welt.

Geheimrat Professor Robert Koch soll sich mit dem Plane fassen, seine Stellung in Berlin niederzuliegen und zunächst in Afrika zu bleiben, wo sich die englische Regierung bemüht, ihn für die Durchföhrung der Schutzimpfung in den dortigen Vieh- herden zu gewinnen. Man bringt diesen angeblichen oder wirklichen Entschluß des Professors Koch auch mit privaten Verhältnissen in Zusammenhang.

Neber eine sensationelle Finch aus dem Gefängnis berichtet eine Pariser Korrespondenz aus Lille: Ein wegen zahl- reicher Einbruchdiebstähle zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilter verwegenen Verbrecher, namens Vandenberg, war bis zu seiner Ueberführung nach der Insel Réunion, von der die Verurteilten nach den Strafkolonien verfrachtet werden, in das Gefängnis von Lille gebracht worden und man hatte ihn dort längere Zeit be- halten, da er sensationelle Ankündigungen über eine Bande von Geis- tlichen verbreitern versprochen hatte. Da die Behörden wußten, daß sie es mit einem sehr gefährlichen Vurscher zu tun hatten, war er in die Zelle der zum Tode Verurteilten gesperrt worden. Diese Zelle liegt an dem unterirdischen Gange des Justizpalastes nach dem Gefängnis, von dem nur schmale Kellerausgänge nach außen führen. Eine einzige massive Tür verbindet diesen Raum mit der Außenwelt. Unter diesen Umständen erschien nach menschlichem Ermessen eine Entweichung so gut wie ausgeschlossen. Man kann sich nun die Ueberföhrung der Gefängniswärter vorstellen, als sie am Montag Abends Vandenberg nicht in seiner Zelle fanden. Die Aufseher zeigte Spuren, die bewiesen, daß er sie abgeklüftet hatte. Die Ermittlungen über die Art, wie der Sträfling entronnen war, ergaben folgendes verblüffende Resultat: Der Flüchtling hatte aus seinem Brote die Schlüsselloch seiner Zelle herausgelockert, einen Becher, in dem man ihm Tee ge- bracht hatte, auf seinem Ofen zum Schmelzen gebracht und das Zinn in die Schlüssellochform gegossen. Nachdem er so den Schlüssel hergestellt, öffnete er in der Nacht die Zelle und ver- ferste sich dann in der gleichen Weise einen Schlüssel an der Ausgangstür des unterirdischen Durchganges. Mit Hilfe dieser beiden Schlüssel öffnete er am Montag beide Türen, schloß sie hinter sich und entrann aus einem Gelaß ein Bettuch und einen Besenstiel. Er wand das Tuch um den Stiel und schen- derte es die Mauer hinauf, so daß es sich an den Scherben, die oben auf der Mauer angebracht waren, um Kluchversuche zu verhindern, festhalte. Dann erklimmte er mit Hilfe des Tuches die Mauer und ließ sich auf der anderen Seite hinab. Einmal auf der Straße, orientierte er sich schnell, brach in ein benachbartes Haus ein und entwandete dort einen Anzug, den er sich sofort anlegte, während er seine Gefängnisföhrung zurückließ. Seitdem ist jede Spur von ihm verloren. Man wird aber wohl bald wieder etwas von ihm hören.

Abg. Stadthagen (Sozialdemokrat):

Der Versuch des Staatssekretärs, Frohne zu widerlegen, ist nicht gelungen. Frohne ist ja der eigentliche Vater dieser Vor- lage, der Staatssekretär nur ihre spätere Mutter. (Heiterkeit.) Der Gesetzentwurf bietet den ungeschuldig Verhafteten keinen Rechtschutz und stellt, insofern als er das diskretionäre Ermessen der Richter ins Ungewisse erweitert, keinen Fortschritt, sondern einen eminenten Rückschritt dar. (Aachen rechts.) Ferner soll das Ge- setz dazu dienen, den Klagen über ungerechtfertigte Verhaftungen den Hinweis auf die Entschädigung entgegenzustellen. Ein Reichensperger hat der Regierung einen solchen Entwurf in der Kommissionsberatung vor die Füße geworfen, aber heute begräßen ihn Zentrum und Freisinn. Es dürfen nicht zwei Klassen von Freiheitsproben geschaffen werden, sonst würde der Grundsat- gelten: Verleumdung nur für die, Herr Staatsanwalt, es bleibt immer etwas hängen. Die Kreuzzeitung hat förtlich verlangt, Sozial- demokraten müßten solange in Untersuchungshaft bleiben, bis sie gestehen. Das System scheint man jetzt auch im Straf- prozedurgesetz anzuwenden. § 1 des Ent- wurfs ist nur sprachlich und juristisch völlig unverständlich. Er schafft neben dem hinreichenden Verdacht und dem bringenden Verdacht, den die Strafprozedurordnung kennt, die neue Art des begründeten Ver- dachts. All die Einschränkungen der Entschädigungspflicht würden zu den größten Uebelständen führen. Zum Beweis dafür förtli Redner mehrere Fälle an. Ein Anwalt Wurm-Stadthagen hatte schon im Jahre 1896 die richtigen Grenzen für die Ausnahmen von der Entschädigungspflicht gezogen.

Wir haben nicht das Vertrauen zu den Richtern.

daß sie unparteiisch auch den Sozialdemokraten ein Recht auf Entschädigung zubilligen werden. In ihren Augen ver- dient zweifellos die Angehörigkeit zur Sozialdemokratie gegen die guten Sitten. Im Strafrecht würde die Richter es gewiß als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnen, daß eine Frau mit 60 Jahren noch ein Kind bekomme. (Große Heiterkeit.)

In der Provinz Brandenburg pflegt man die Sozialdemokraten, die Flugblätter ordnungsmäßig verbreitet haben, anzufassen, obwohl man weiß, daß sie freigesprochen werden müssen, nur um sie durch die erkrankten Rekruten zu verhaften. Würden die Richter solcher Freiheitsproben Entschädigung zubilligen? Ich habe kein Vertrauen zu den Richtern, höchstens das, daß sie aus Versehen einmal das Richtige treffen. (Heiterkeit.) Ein Redakteur des „Vorwärts“ wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das empörende Verhalten eines obersten Beamten des Reiches sehr „gemühtlich“ nannte. Ich verstehe das Urteil dahin, daß „Gemühtliche“ für verlässliche Beamte eine schwere Verleumdung ist. Zweifel- los sind Untersuchungsgefängnisse in den Augen der Richter um so schuldiger, je ungeschuldiger sie sind. Es versteht sich gegen die guten Sitten überhaupt, einer Anklage zu widersprechen. (Heiterkeit.) Nach der Vorlage soll der Vermögensschaden ersetzt werden, aber bei einem Pandakter wird der Fiskus meist sogar mit Recht einwenden, daß er ja gar keinen Vermögensschaden hat.

Für die Freiheitsberaubung muß entschädigt werden, wie Sie (nach rechts) und der Herr Reichsanwalt selbst förtlich stets ge- fordert haben — von Satti. Damals verlangten Sie für den Kaufmann Lüders 1000 Dollars pro Tag. Eine so hohe Strafe brauchen Sie in Deutschland gar nicht einzuföhren. (Heiterkeit.) Der Rückgriff auf schuldige Beamte ist selbstverständlich. Wir verlangen ferner Entschädigung für jeden Zwangsbeweg durch den Richter, der dies anordnet, ferner für Freiheits- beraubung durch unrechtmäßige Einperrung ins Irrenhaus, be- sonders aber für das Verhelfenlassen einer schwereren Strafe, als im Gesetz vorgeschrieben ist. Ich werde einen bestimmten Fall vortragen, der einer deutschen Regierung nicht unbekannt sein dürfte, den be- kannten Fall des Redakteurs Biermann in Oldenburg. Nachdem gerichtlich festgestellt war, daß der Justizminister Rühstätt nicht die Hochachtung vor den Oberlandesgerichtsrichtern hat, wie Herr Sagemann (Heiterkeit), daß er beim Sazardspiel ein unerschütterlicher Sieger des Vintetallismus ist (Heiterkeit), verurteilten die Richter, die ja in einer gewissen Abhängigkeit vom Justizminister stehen, Herrn Biermann zu acht Monaten Gefängnis. Herr Biermann dachte: „Spiele kannst Du nicht, die ganze Justiz ist ein Spiel, das Gold Deiner Wahrheit gewohnt nicht“ und verlangte nun das Gefängnis, das ihm nach § 16 des Strafgesetzbuches aussteht. Der Minister, der, wie Herr Himburg, die Strafe für eine Sache zu halten scheint, hat ihm die förtlich begründeten Ansprüche verweigert. Um 7 1/2 Uhr muß dunkel gemacht werden, um 8 Uhr ist wohl das Personal im Kasino nötig. (Heiterkeit.) In ihrer An- sicht Frau Biermann zum Minister; sie hätte förtlich kein Kriegsgelöb hinter sich. (Heiterkeit.) Sollte der Präsident von Satti der Frau Lüders so geantwortet, wie Herr Rühstätt einer weislosen Frau,

nämlich: „Ihr Mann ist ein Lump“, Sie hätten gleich eine ganze Kiste neu gefordert. (Heiterkeit.) Für diese Verleumdung wurde Herr Rühstätt zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Ich halte die Strafe aus anderen Gründen für gerecht. Herr Rühstätt kann von der Ehre des Herrn Biermann nur wenig nehmen (Heiterkeit) und das wird durch 20 Mark ausgeglichen. Wenn aber Herr Biermann ungerecht in Untersuchungshaft saß, so bekam er keine Entschädigung; denn der Minister hat gesagt: „Du bist ein Lump“, also muß er sich wohl gegen die antike Sitte weergehen haben. (Große Heiterkeit.) Ich verlange im Abriem vom Herrn Staatssekretär, daß er den Fall unter- such, da der Justizminister in Oldenburg eines Verbrechens dringend verdächtig ist, auf welches Buchstaus steht. Sollte sich herausstellen, daß der Minister nicht den Dolus befreiten hat, so müßte man in die Verfassung von Oldenburg schreiben: „Je Justizminister dürfen nur Leute genommen werden, die förtlich sind, die Tragweite ihrer Handlungen zu übersehen.“ (Große Heiterkeit.)

Für ungerechtfertigte Danksuchungen und ungerechtfertigte Beschuldigungen muß von dem Beamten, der für die ruffi- schen Spitzelhandlungen die Verantwortung trägt, Ent- schädigung gefordert werden können, und wenn's der Staats- sekretär des Auswärtigen selbst ist. Wir glauben nicht, daß aus der Kommission etwas Brauchbares herauskommen wird, wir verlangen aber jedenfalls, daß der Reichstag die Forderungen der Gerechtig- keit ausstellt, wenn die Stimme des Volkes im Bundesrat nicht zu Gehör gekommen ist. (Vehementer Beifall bei den Sozial- demokraten.)

Abg. Deppe (Hospitalant bei den Nationalliberalen):

Die maßlosen Angriffe des Abg. Stadthagen gegen unsere Justiz kann ich in parlamentarischen Worten nicht gebührend zurück- weisen. (Veh. Zustimmung rechts, im Rest. und bei den Natl.) Selbst in Ihren (zu den Soz.) Kreisen bleibt das Ansehen der Justizverwaltung Gott sei Dank groß. (Rufe: Na, na! und Lachen bei den Soz.) Jeder Nebergreif findet seine Sühne. Auch der Abg. Müller-Meinungen hat den deutschen Richterstand ver- unglücklich gemacht. Die Vorbestrafen dürften nur so weit von der Ent- schädigung ausgenommen werden, als ihnen die bürgerlichen Gerech- tigkeit aberkannt sind.

Abg. Groeber (Zentrum):

Die Gründe für Herrn Stadthagens merkwürdige Ent- scheidung, daß der Entwurf einen Rückschritt bedeute, waren wenig schlagend. Warum bemüht er sich denn überhaupt, den Entwurf zu verbessern, wenn er so schlecht ist; das ist doch so vollständig Bildhina. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Beamten für jeden Justizverstoß hafter zu machen, ist unmöglich; im kapitalistischen Staat sind eben Versehen bei aller Gewissenhaftigkeit unvermeidlich. (Sehr gut! im Zentrum.)

Abg. Dr. Zues (nationalliberal):

Die deutschen Richter stehen für die Angriffe von jener Seite (zu den Soz.) viel zu hoch. (Hol und Gelächter bei den Soz.) Unbedingt muß das Gesetz auf Verhaftungen im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ausgedehnt werden, denn gerade hierbei ist die Gefahr von Justizverbrechen besonders groß.

Abg. Frohne (Sozialdemokrat):

Der Ton des Herrn Groeber gegen Stadthagen war ganz un- angebracht. Es scheint System darin zu liegen, daß man unsere Ausführungen immer als maßlos bezeichnet. Gewiß werden wir, wenn der Entwurf verbessert aus der Kommission kommt, den kleinen Fortschritt annehmen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Renferungen des Herrn Abgeordneten Groeber, auf die der Vorredner Bezug nahm, haben mir und meinem Stellvertreter den Eindruck gemacht, daß sie sich nicht auf die Person des Herrn Abgeordneten Stadthagen, sondern auf die Konsequenzen, die man aus seinen Aus- sührungen ziehen könnte, bezogen. Ich bitte aber doch alle Herren Abgeordneten, sich derartiger Kraftworte zu enthalten, die zu nichts Gutem führen und nur den Ton im Reichstag herabmildern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freisinnige Volkspartei): Es läßt sich nicht leugnen, daß das Vertrauen zum deutschen Richterstande im Volke gesunken ist. Da hilft keine Heilmittel, nur durch offene Reu- eingeständnis dieser Tatsache können wir dem deutschen Richterstande nützen. (Bravo links.)

Darauf schließt die Diskussion. Der Entwurf geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Hierauf verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Ver- handlung des Etats des Reichsamt des Innern.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Nach dem Genus von Heisch- und Wurstwaren bei festlichen Veranstaltungen in einigen Gasthöfen in Heidelberg am Sonntagabend und Sonntag sind viele Personen, etwa 60, an Magen- und Darmkatarrh, verbunden mit Fiebererscheinungen, zum Teil ernstlich, erkrankt. Die Fälle sind bis jetzt im Gange genantig verlaufen.

Der Deserteur. Dem aus dem Rheinlande stammenden Föhrer Schwarz von der 11. Kompanie des 8. Garde- Grenadier-Regiments „Königin Elisabeth“, der seit Ende Oktober vorigen Jahres dient und als einer der intelligentesten Rekruten der Kompanie galt, scheint das Militärleben nicht behagt zu haben. Er ist am 29. Januar desertriert. Da das Regiment wußte, daß sich Schwarz, der fünf Sprachen spricht, als Monteur in Belgien, Frankreich, Holland u. aufhalten hatte, despektierte es sofort an alle Eisenbahnstationen, deren Schnellzüge nach den Auslandsgeräten führen. Schon nach einigen Stunden traf eine Depesche aus Baden ein, daß Schwarz dort verhaftet sei.

Der „verrückte militärische Wirt“. Die „schmerzenlosen Ohreigen“, die unter der Rechtsprechung der früheren bayerischen Militärgerichte zu großer Verühmtheit gelangt waren, werden jetzt von dem „verrückten militärischen Wirt“ abgelöst. Anlaß zu dieser neuesten Erfindung gab eine Verhandlung des Kriegsgerichts der 5. Division in Nürnberg gegen den Artillerieutenant der Reserve Edward Hosen aus Frankfurt a. M., jetzt Kunststiftoriter in Heidel- berg, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Beleidigung. Bei den vorjährigen Verhandlungen führte E. eine Batterie. Nach der Anklage soll er auf dem Wanderselbe beim Geföhrgütern eines Kanonier, der nicht rasch genug vorwärts kam, durch das Schimpf- wort „Saubauer“ beleidigt und ihm auch einen Schlag ins Gesicht verfeßt haben. Der Angeklagte will sich des Schimpfwortes nicht mehr erinnern können, aber „vielleicht“ habe er „Lümmel“ oder etwas dergleichen gesagt. Geschlagen habe er jedoch nicht. Wenn er den Soldaten wirklich getroffen, so sei das nur aus Versehen und un- absichtlich geschehen, als er Wink zum Nichten des Geföhrgüters gab. Durch Reugen wurde erwiesen, daß E. dem Kanonier zurief: „Lümmel, Du Saubauer, oder ich hau' Dir eine hin!“ Darauf drehte sich der Reu- tant nach dem Kanonier herum und schlug diesen mit dem Rücken der rechten Hand ins Gesicht. Ein Unteroffizier erklärte ohne Umschweife, das sei ein Schlag und nicht etwa ein Wink gewesen. Das Urteil lautete wegen militärischen Betgehens der vorbestrafswürdigen Be- handlung eines Untergebenen auf zwei Tage Strafbewehr. In dem Urteil heißt es: „E. habe den Schlag nicht absichtlich geföhrt, sondern nur einen „verrückten Wirt“ geben wollen, deshalb sei er nur wegen Gebrauches eines Schimpfwortes zu bestrafen.“

In der Wüste verhungert. Aus dem amerikanischen Staate Arizona wird berichtet, daß Eisenbahnarbeiter, die mit den Auf- nahmen für eine neue Eisenbahnlinie in der großen Wüste von Nevada beschäftigt waren, in der Wüste einer Stelle, die den Namen

„Deadman's Well“ föhrt, die Leichen von 80 Männern fanden. Die verhungerten und verdursteten Leute waren zum Teil Eisenbahn- Arbeiter, zum Teil „Tramps“, die von Las Vegas in Nevada quer durch die Wüste hindurch die Eisenbahnlinie von California erreichen wollten. Die unglücklichen Leute, die diesen Marsch von 80 Meilen antreten, obgleich sie wohl wußten, daß kaum ein Drittel der Wanderer, die jemals versuchten, die Wüste zu durchkreuzen, die andere Seite derselben erreicht, waren für ihren gefährlichen Marsch außerordentlich mangelhaft ausgerüstet. Die „Quelle des toten Mannes“, in deren Nähe man die Leichen fand, liegt etwa in der Mitte der Wüste. Man hat an dieser Stelle in früheren Zeiten nach Wasser gegraben um in der Wüste wenigstens eine Möglichkeit, Wasser zu erhalten, zu schaffen. Das gewonnenne Wasser stellte sich aber sehr bald als giftig heraus. Leute, die davon tranken, wurden sehr bald wahnsinnig und kamen alle in der Wüste um. Den gegrabenen Brunnen nannte man deshalb „Dead Man's Well“. Die 80 Leichen lagen alle in der Nähe des verfallenen Wasserloches. Sie waren von Aßien und Geiern zerfetzt. Einige der Leichen lagen im Sande halb begraben. Dieser Sand ist es, der das Durchqueren der Wüste noch besonders gefährlich gestaltet. In gewaltigen Wolken steigt er oft über das Land dahin und be- greibt erdarmungslos den Reisenden.

In Preßburg gab es, nach der „Post. Zig.“, wegen der Juridbehaltung der Dreijährigen wieder eine Soldaten- meuterei. Mehrere Infanterien des dritten Jahrganges beauftragten, nachdem sie sich einen Haufen angetrunken hatten, ihren Wachmeister, der sie zur Ruhe mahnte, mit seinem eigenen Säbel, den sie ihm entziffen hatten. Einem zweiten Wachmeister, der seinem Kameraden zu Hilfe eilte, erging es ebenso. Als dann eine Militärkommission mit einem Jägerleutnant einschritt, wurde dieser zu Boden geworfen und von den Soldaten mit Füßen getreten. Schließlich gelang es mit Anwendung von Waffengewalt, die Soldaten zu unterwerfen.

Das schnelle Austrocknen des Kaspischen Meeres findet jetzt an offiziellen Stellen in Rußland Beachtung. Im Laufe von fünf Jahren ist das Wasser in solchem Maße zurückgetreten, daß gegen 120,000 Hektar, die früher Meeressboden waren, jetzt ein Sumf sind. Viele fetter blühende Pflanzen, besonders Kumpo und Lagunrosen, leiden empfindlichen Schaden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten billigt nach englischen Berichten einen Plan, die Straße, die das Kaspische mit dem Schwarzen Meer verbindet und ungefähr drei Kilometer breit ist, mit einem tiefen Damme, der von Schleusen durchzogen ist, um das Durchfließen der Schiffe zu gestatten, abzu- dämmen. Man hofft, so die Meeresspiegelhöhe um zehn Fuß zu heben und den Vorstoß mit kaltem Wasser zu heben. Die Kosten sollen 20,000,000 Rubel betragen.

In einem Kanoe aus die Welt. In Durban Lande am 17. Januar ein Kanoe, dem zwei Männer entstiegen, die auf einer außerordentlich gewagten Reise sind. Das Kanoe ist indianische

Im Abgeordnetenhaus

wird beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung die agrarische Generaldebatte in allen Punkten weitergeführt. Die agrarische Generaldebatte in allen Punkten weitergeführt. Die agrarische Generaldebatte in allen Punkten weitergeführt.

Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski, somit sich in seinen Reden im Verlauf der Debatte, als er in den Kammer des Reichstages über die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sprach.

Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski, somit sich in seinen Reden im Verlauf der Debatte, als er in den Kammer des Reichstages über die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sprach.

Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski, somit sich in seinen Reden im Verlauf der Debatte, als er in den Kammer des Reichstages über die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sprach.

Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski, somit sich in seinen Reden im Verlauf der Debatte, als er in den Kammer des Reichstages über die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sprach.

Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski, somit sich in seinen Reden im Verlauf der Debatte, als er in den Kammer des Reichstages über die landwirtschaftlichen Angelegenheiten sprach.

Partei-Angelegenheiten.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Reichstags-Wahlkreis 10 in Berlin, der im letzten Jahr von 215 auf 320 Mitglieder wuchs.

Der sozialdemokratische Verein für den 4. Reichstags-Wahlkreis (Dresden rechts der Elbe) hatte im abgelaufenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von 345 und jetzt 1446 Mitglieder.

Der sozialdemokratische Verein für den 10. Reichstags-Wahlkreis (Dresden links der Elbe) zählt jetzt 3734 Mitglieder gegen 2198 im Anfang des Jahres.

In der Kreisversammlung des ersten badischen Reichstags-Wahlkreises wurde mitgeteilt, daß die „Volkstimme“ in der Stadt Mannheim von 41 Prozent und auf dem Lande von 18 Prozent der sozialdemokratischen Wähler abonniert wird.

Arbeiterbewegung.

Achtung! Organisierte Arbeiter allerorts! Noch immer sind in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeitslosen Christiantas entsandten eine Deputation zum Präsidium des Stortings, um Hilfe gegen die sehr große

Arbeit. Alaska-Indianer haben es aus einem einzelnen Federholzblock geschnitten, und es führt den Namen Tiliam, d. h. Frieden.

Tragisches Ende einer Spielerei. Der elfjährige Arbeitersohn Bernhard Schulz aus der neuen Jakobstraße 27 in Berlin

Eine Fint von Bier, 11 000 Hölzer, wurden von einer New-Yorker Brauerei am Mittwoch in den Fluss abgelassen. Die Brauereigesellschaft Konrad Steins, Sohn u. Co. hatte ihr Geschäft

Arbeitslosigkeit zu fordern. In der zur Verlesung gebrachten Resolution wird verlangt, daß Staat und Kommune Arbeiten ausführen lassen sollen und zum Schluß gesagt: „Wir hungern und leben, aber wir bitten nicht um Barmherzigkeit, wir verlangen Gerechtigkeit!“

lokales und Provinziales.

Breslau, den 5. Februar.

Der preussischen Abgeordnetenhaus überreicht der Pöbinger der freireligiösen Gemeinde in Breslau, (S. 1. Seite), folgende Petition:

Das hohe Haus der Abgeordneten möge Schritte tun, daß der untrügliche Religionszwang beseitigt werde, welchem bisshin die preussische Staatsbürger und deren Kinder seit 12 Jahren durch den Reichstagen Ministerial-Erlass vom 16. Januar 1893 unterworfen sind.

Die am 21. August 1901 in Magdeburg tagende Annaberversammlung der freien religiösen Gemeinden Deutschlands protestiert abermals (wie die Bundesversammlung vom 14. Juni 1901 in Wiesbaden) einstimmig gegen die untrügliche Gewissensbedrückung, der, namentlich in Preußen, dissonante Eltern durch Zwangs-Einschulung ihrer Kinder in den Religionsunterricht einer fremden Religionsgemeinschaft unterworfen werden.

Schicksal der Arbeiterversicherung. Der Arbeiter Schöbel verunglückte im Januar 1899 dadurch, daß er die Kellertreppe in seiner Arbeitsstätte hinunter fiel, er fiel dabei mit dem Hinterkopf auf den Boden an.

Neuer von Neubau der „Goldenen Krone“. Die Ring- und Ohrlauerstraße, mit dem nach Vollendung der bereits bis zum Erdgeschoss gediehenen Abrucharbeiten sofort begonnen wird, errichtet ein diesiges Blatt: Das neue, im Renaissance-Stil zu errichtende Gebäude, wird in seinen fünf Stockwerken Läden, Geschäftslöcher und Büros — unter Ausfüllung von Privatwohnungen den breiten Marmortreppen, den Verkehr nach den einzelnen Stockwerken, und eine Zentralheizung wärmt alle Räume gleichmäßig.

Keine Geldmittel zur Errichtung eines Gewerbegerichts sind in Reupen vorhanden, welches etwas unter 20,000 Einwohner zählt, aber eine ganz ansehnliche Industrie hat.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

Die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in Gommersbach 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt.

der Stadt hinauszugehen soll, und mit ihren prächtig angelegten Gärten und Giebelbauten ein dieser historischen Ecke würdiges Paradies bilden.

Ein Schützenfest in Apyth an der Quater. Unter diesem Namen veranstaltet, wie man uns schreibt, die „Freie Turnerschaft Breslau“ am Sonntag, den 7. Februar im Gewerkschaftshaus einen Maskenball, welcher einhundertfünfzig Stunden dauern wird, und um einer Ueberfüllung des Festes vorzubeugen, diesmal bedeutend weniger Eintrittskarten ausgeben werden.

Unfallsfälle. Am 2. d. M., Abends, wurde ein sieben Jahre altes Mädchen auf der Kaiser-Wilhelmstraße beim Ueberqueren des Bahndammes durch einen Straßenbahnwagen unglücklich und geriet unter die Schutzvorrichtung. Der Wagen konnte durch starkes Anziehen der Bremsen bald zum Stehen gebracht werden.

Zuchtschuldigen. In der Nacht zum 2. d. M. wurde auf der Kreuzstraße eine Henschelische von einem unbekannten Diebstahl eingeschlagen.

Geflohen wurden einer Köchin auf der Schmiedebühl ein Portemonnaie mit 40 Mark, auf dem Wege einer Dame ein Portemonnaie mit 4 Mark und einem Arbeiter von der Kurzer Gasse ein Kinderwagen mit schwarzem Gestell und gelbem Gestell.

Ein Troschkendel. Am 3. d. M., Abends, besaß ein Arbeiter auf der Rosenthalerstraße eine kurze Zeit unbeaufsichtigt gelassene Droshke und fuhr im Trabe davon.

Geflohen wurden einem Wärgesellen von der Wolfstraße ein schwarzes und ein graues Winterbergier, sowie ein schwarzes Jackett, einem Kellner aus einem Restaurant auf der Hummerlei ein schwarzes Winterbergier mit ledernen Futter, einem 7 Jahre alten Mädchen aus dem Tiergartenstraße ein Anorakmuff, sowie einem Maurer aus dem Neubau ein Paar Gamasen und ein Zigarettentisch mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs.

Verhaftet. In der Nacht vom 8. zum 4. d. M. beobachtete ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft in einem Neubau auf der Schmiedebühl einen jungen Mann, welcher die Materialenbunde erbrochen hatte. Mit einem Steinwurfmesser machte er sich dann das darin befindliche Bleirohr klein: Als er sich entfernen wollte, sprang der Wächter über den Zaun, nahm ihn fest und übergab ihn der Polizei.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 5. d. M. 52 Verurteilte eingeliefert. — Gefangen wurden: ein Klopffischer, ein Wollkämpfer, ein Behnmerfisch, ein kleiner Wankorb, zwei Pfandschneide, ein Schließelbund, mehrere Pakete mit Büchern, ein silbernes Armband und ein Portemonnaie. — Abhandelt kamen: ein Verzugmuff, ein Zwangsmarsch, ein Portemonnaie mit zwei Ringen, zwei Portemonnaies mit 40 Mark und 60 Mark, sowie 30 Mark, die in ein Stück Leinwand eingeschüttelt waren.

Soziales.

Keine Geldmittel zur Errichtung eines Gewerbegerichts sind in Reupen vorhanden, welches etwas unter 20,000 Einwohner zählt, aber eine ganz ansehnliche Industrie hat.

Litteratur.

Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Sadelum, Verlag Rabe u. Comp. in Dresden.

Mit der hiesigen erschienen dritten Nummer des vierten Jahrgangs hat die Kommunale Praxis ein neues Gewand angezogen; die technische Ausstattung entspricht jetzt den weitestgehenden Anforderungen, die man an eine Zeitschrift stellen kann.

Die Kommunale Praxis erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich nur 1.50 Mk. Das Abonnement ist allen benutzten zu empfehlen, die sich für die wichtigen Fragen des Gemeindefortschritts interessieren.

Versammlungen und Vereine.

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 7. d. M. 11. Nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen zu den Gemeinde-Verordnungen. Organisation zur Beitragshebung. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Bunzlau. Gewerkschaftskartei. Mittwoch, den 10. Februar, Sitzung im Gasthaus „Zur Post“.

Alt-Warthau. Öffentliche Volks-Versammlung. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Der neue Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie. (Referent: Redakteur Mehrlein-Breslau.) 2. Diskussion. Gegner wird freies Rederecht zugesichert und solche sehr willkommen. Um zahlreiches Besuch bittet Der Einberufer.

Kattowitz. Volksversammlung. Sonnabend, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Rathhausstraße 6. „Die politische Lage“. Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Schafke.

Obmann der Preßkommission:

Hermann Zimmer, Marschallstraße Nr. 17, II.